

## **Rechtschreib-Kritiker gründen «Rat für deutsche Rechtschreibung»**

Hamburg (dpa) - Unmittelbar vor offiziellen Vorbereitungen für den zwischenstaatlichen «Rat für deutsche Rechtschreibung» in Wien haben Reformgegner in München ein gleichnamiges Gremium gegründet.

Der Verein will sich für die Wiederherstellung der Rechtschreibung einsetzen, wie sie vor der Reform üblich war, teilte das Gremium am Sonntag mit. Zum Vorsitzenden wurde der Münchener Autor und Publizist Hans Krieger gewählt. Ehrenmitglieder sind unter anderem die Schriftsteller Elfriede Jelinek, Wulf Kirsten, Günter Kunert und Reiner Kunze.

Verwaltungsbeamte aus den deutschsprachigen Ländern beraten an diesem Montag in Wien über die Gründung und Zusammensetzung des «Rates für deutsche Rechtschreibung». Das Gremium soll 2005 die bisherige «Zwischenstaatliche Kommission» ablösen, die in den vergangenen Jahren die Umsetzung der Rechtschreibreform in ihren Ländern begleitete.

Die Vertreter aus Deutschland, Österreich und der Schweiz würden «ausschließlich über die Zusammensetzung und die Aufgaben des künftigen Rates beraten und unsere Empfehlungen dann den zuständigen Stellen vorlegen», betonte der Generalsekretär der Kultusministerkonferenz (KMK), Erich Thies. Er leitet die deutsche Delegation. Der Rat, in dem auch Reformkritiker zu Wort kommen sollen, soll die Schreibweisen in der Praxis weiter beobachten und gegebenenfalls nachbessern.

Die Gründungsversammlung des Kritiker-Rats in München sprach den Kultusministern das Recht ab, «eine weitere Rechtschreibkommission zu berufen, deren einzige Aufgabe es sein kann, das offenkundige Scheitern der Rechtschreibreform hinauszuzögern». Zu den Gründungsmitgliedern zählen auch der als Rechtschreibrebell bekannt gewordene Weilheimer Deutschlehrer Friedrich Denk, der Geschäftsführer der IG Autorinnen Autoren in Wien, Gerhard Ruiss, und der Schweizer Gymnasiallehrer Stefan Stirnemann.

Bei einer Umfrage unter den Ministerpräsidenten hätten sich nur Niedersachsen, das Saarland und Sachsen-Anhalt gegen die weitere Umsetzung der Reform nach dem bisherigen Plan ausgesprochen, berichtete das Magazin «Focus». Die KMK hatte beschlossen, daß nach sechs Jahren Übergangszeit die neuen Regeln vom 1. August 2005 in Schulen und Ämtern verbindlich gelten.

Die Ministerpräsidenten der Länder wollen am 7. und 8. Oktober in Berlin zusammenkommen und darüber beraten, ob sie an dem Zeitplan festhalten wollen. Die Kultusminister treffen sich am 14. und 15. Oktober im Saarland. Auch eine Verlängerung der Übergangsfrist ist nach den geltenden Beschlüssen möglich.

Nach Ansicht des Leipziger Forschers Harald Marx haben die neuen Schreibweisen negative Auswirkungen auf die Rechtschreibleistung. Wie der Professor am Institut für Pädagogische Psychologie der «Neuen Osnabrücker Zeitung» sagte, hätten seine Untersuchungen vor und nach der Reform gezeigt, daß es bei «ss» und «ß» teilweise sogar mehr Fehler als vorher gebe. Österreichische Autoren forderten unterdessen einen Ausstieg aus der «Zwischenstaatlichen Kommission». Statt dessen solle Österreich ein eigenes «österreichisches Deutsch» schaffen und für die «deutsche Rechtschreibreform» keinerlei Geld mehr zur Verfügung stellen.

Artikel erschienen in 'Der Tagesspiegel online' am 22.08.2004

# Die Sprache gehört dem Volk

Protestinitiative gegen Rechtschreibreform gegründet / KMK-Gremium tagt am Montag in Wien

München. Die umstrittene Rechtschreibreform wird aller Voraussicht nach wie geplant im Oktober endgültig umgesetzt. Die Konferenz der Ministerpräsidenten wird nach Medienberichten offenbar am 7. und 8. des Monats die Umsetzung beschließen. Eine Umfrage unter den Ministerpräsidenten habe ergeben, daß nur Niedersachsen, das Saarland und Sachsen-Anhalt sich gegen die neuen Schreibregeln aussprechen, berichtet das Magazin "Focus".

Am Montag wollen unterdessen Vertreter Deutschlands, der Schweiz und Österreichs in Wien ein Konzept für die Arbeit des Rates für deutsche Rechtschreibung erstellen. Dagegen hat sich am Wochenende eine Protestinitiative gegründet, die sich "für die Wiederherstellung der einheitlichen Rechtschreibung" einsetzt und eine Rückkehr zur alten Orthographie fordert.

Der nach eigenen Angaben unabhängige Verein bezeichnet sich selbst als "Rat für deutsche Rechtschreibung" und wolle - "dem erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit entsprechend" - dem Grundsatz Geltung verschaffen, "daß die Sprache dem Volk gehört, und die orthographische Selbstregulierung zurückgewinnen". Die Kultusminister besäßen nicht das Recht, "eine weitere Rechtschreibkommission zu berufen, deren einzige Aufgabe es sein kann, das offenkundige Scheitern der Rechtschreibreform hinauszuzögern", hieß es.

Zu den ersten Ehrenmitgliedern des Vereins gehören unter anderem die Schriftsteller Elfriede Jelinek, Wulf Kirsten, Günter Kunert und Reiner Kunze. Zum Vorsitzenden wurde den Angaben zufolge der Journalist Hans Krieger gewählt. Zu den Gründungsmitgliedern zählen auch der Weilheimer Deutschlehrer Friedrich Denk, der Verleger Walter Lachenmann und der Konstanzer Rechtswissenschaftler Bernd Rüthers.

Der Protest der Initiative richtet sich gezielt gegen den von der deutschen Kultusministerkonferenz (KMK) eingesetzten Rat für deutsche Rechtschreibung. Dessen Treffen am Montag in Wien soll "auf Arbeitsebene" stattfinden und sei schon vor dem neuerlichen Aufflammen des Rechtschreibstreits in Deutschland terminiert worden, betonte eine KMK-Sprecherin. Die Rechtschreibreform an sich sei nicht Gegenstand der Gespräche.

Der Rat für deutsche Rechtschreibung, dessen Einsetzung Anfang Juni beschlossen worden war, soll nach Angaben der KMK durch ein hohes Maß an Pluralität gekennzeichnet sein und auch Kritiker des derzeitigen Regelwerks einbeziehen.

Baden-Württembergs Kultusministerin Annette Schavan (CDU) kündigte an: "Im September noch wollen wir einen Vorschlag vorlegen, wer dazugehören soll." Es sollen auch Vertreter aus Österreich und der Schweiz mitarbeiten. Im Oktober könnte das Gremium dann die Arbeit aufnehmen.

Nach "Focus"-Angaben findet innerhalb der KMK auch der Vorschlag des saarländischen Kultusministers Jürgen Schreier (CDU) keine Mehrheit, wonach die Übergangszeit, in der die alte Rechtschreibung noch erlaubt ist, über den 1. August 2005 hinaus verlängert werden soll. Neun der 16 Länder sprachen sich den Angaben zufolge gegen Schreiers Plan aus, Fünf haben sich noch nicht entschieden, Niedersachsen will ohne Übergangszeit zur alten Orthographie zurück. (ddp)

Artikel erschienen in Saar-Echo online, der Online-Zeitung für das Saarland, am 22.08.2004